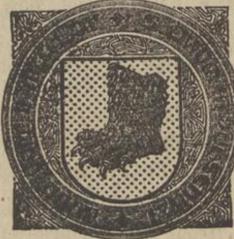


# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung drei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimatteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. N. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 278

Dienstag, den 29. November 1938

90. Jahrgang

## Vor der großen Kraftprobe Auflösung der Kommunistischen Partei gefordert

Zimmer zahlreicher werden auch die Stimmen, die in diesem rein politischen Generalfreist die Moskauer Urheberschaft anprangern und die Verhaftung der verantwortlichen Hezer oder sogar das Verbot der kommunistischen Partei fordern.

So hat der Abgeordnete Montigny in Bourdeaux bei der Tagung der Republikanischen Volksunion in einer Rede den Ministerpräsidenten aufgefordert, die kommunistische Partei für illegal zu erklären und aufzulösen. Diese Forderung ist bereits in vielen Zeitungen und auch in parlamentarischen Kreisen erhoben worden.

Sämtliche Blätter führen eine überaus scharfe Sprache gegen die Moskauer Heze in Frankreich. Der „Journal“ spricht von einer „außenpolitischen Verschwörung“ und prangert die Streikhezer Thorez und Jouhaux als Vorbereiter der bolschewistischen Diktatur an. Die rechtsstehende „Epoque“ erklärt, die Kommunisten hätten die schwere Verantwortung, das Volk in einem Augenblick in Unruhe gestürzt zu haben, wo es Sicherheit und Arbeit so überaus notwendig habe. Die Regierung sei fest entschlossen, den revolutionären Ansturm zu brechen.

### Die Gewerkschaftsbunzen hezen weiter

Die Warnung Daladiers scheint auf die marxistischen Hezapostel keinen Eindruck gemacht zu haben. Im „Populaire“ legt der frühere Ministerpräsident Blum seine hemmungslose Heze gegen die Regierung fort. Er erklärt, daß man nach der Mundfunkrede Daladiers nichts mehr zu hoffen habe. Daladier habe sich freiwillig auf eine Kraftprobe mit den Gewerkschaften eingelassen. Die Requirierungsmassnahmen der Regierung seien ungefährlich.

Der Generalsekretär der Spitzenorganisation der Eisenbahner hat den Appell Daladiers mit der Erklärung beantwortet, daß die Eisenbahnarbeiter sich nicht durch die Requirierungsbefehle einschüchtern lassen würden und diesen Gewaltmassnahmen nötigenfalls mit passivem Widerstand entgegenzutreten würden. Sie würden während der Dauer des Streiks „völlig teilnahmslos auf ihren Maschinen und auf ihrem Posten beharren“.

Im Gegensatz zu den hekerischen Phrasen des Marxistenhaupteins hat der Berufsverband der nicht den marxistischen Gewerkschaften angeschlossenen Eisenbahner sich gegen den Generalfreist ausgesprochen und alle Eisenbahner aufgefordert, am 30. November ihren Dienst zu versehen. Auch der Landesverband Rhone der Lehrgewerkschaften hat den Generalfreistbeschlus abgelehnt.

### Grenze für rotspanische „Rückwanderer“ gesperrt

Wie aus einem Protestaufruf der kommunistischen „Humanité“ hervorgeht, hat die französische Regierung bis

auf weiteres jeden Grenzübertritt von aus Rotspanien kommenden internationalen Freiwilligen und sogar französischen Rückwanderern verboten. So soll insbesondere ein Transport schwedischer und amerikanischer Freiwilliger nicht die spanisch-französische Grenze habe überschreiten dürfen.

### Große Besorgnis in London

Die englische Presse stellt nach wie vor sorgenvolle Betrachtungen zur innenpolitischen Entwicklung in Frankreich an. Sämtliche Blätterstimmen sind darauf abgestellt, Frankreich zur Vernunft zu rufen. Bezeichnend ist eine Neuhezerung des „Daily Telegraph“, in der es heißt, daß die Ereignisse, die dazu angetan seien, die Demokratie zu distrahieren, „wie Del auf das Feuer der totalitären Staaten sein müßten“. Das Blatt meint, daß ein einziger hoffnungsvoller Umstand der sei, daß der Mittwoch mit seiner Generalfreistbedrohung noch 48 Stunden entfernt sei, und daß in der Zwischenzeit klügere Ratschläge die Oberhand gewinnen könnten. An diese Hoffnung wollten sich die Freunde Frankreichs klammern, denn keine Zeit sei ungeeigneter, die französische Nation in eine große industrielle Umwälzung zu stoßen.

### Moskau blickt auf sein Werk

Mit größter Spannung verfolgt Moskau die Weiterentwicklung des Brandes, den es in Frankreich anzulegen versucht. Wird es Daladier gelingen, die schwelende Glut auszutreten, ehe sie lichterloh emporflammt und ganz Europa gefährdet? Unverbohlen sind die Hoffnungen und Wünsche der Drahtzieher am Sitz der Komintern auf Seiten der Streikhezer. Mit Betonung heben die Sonjersblätter hervor, daß die Agitation für den Generalfreist von den Kommunisten ausgeht. Die sowjetamtliche Taf verdächtigt Daladier der „Arbeiterfeindlichkeit“ und zitiert marxistische Stimmen, die dem Ministerpräsidenten den Rücktritt nahelegen. Aus allen Äußerungen der Moskauer Zeitungen geht hervor, daß man auch hier dem Machtkampf in Paris entscheidende Bedeutung beimißt.

### Langsames Abbröckeln der Streiks

Der Landesverband der freien Gewerkschaften von Nordfrankreich hat eine Mitteilung herausgegeben, in der die Mitglieder dieser Gewerkschaften aufgefordert werden, Anweisungen, die nicht von ihren Organisationen ausgehen, keine Folge zu leisten, zumal der Christliche Gewerkschaftsverband bereits gegen jeden Generalfreist Stellung genommen habe.

Die Grubenarbeiter des Grubenbeckens von Anzin haben am Montag die Arbeit ausnahmslos wieder aufgenommen.

## 2800 Arbeiter entlassen

### Die Lage in Frankreich - Neue Regierungsmaßnahmen

Die Durchführung des Streiks, den die Kommunisten und Marxisten für Mittwoch planen, war am Montagabend noch ungeklärt. So hat der Verwaltungsrat der kommunistisch-marxistischen CGT-Gewerkschaft beschlossen, am Streik für den 30. November festzuhalten. Die christlichen Gewerkschaften ihrerseits veröffentlichten einen Aufruf, der verlangt, daß sich jeder am 30. November wie gewöhnlich an seinen Arbeitsplatz einzufinden hat. Trotz der Erklärung des Postministers werden andererseits wieder die Postbeamten vom Gewerkschaftsverband der Postbeamten aufgefordert, am Mittwoch zu streiken. Denselben Standpunkt vertreten die Pariser Zeitungsführer, die einstimmig darüber übereingekommen sind, am Mittwoch keine Zeitungen erscheinen zu lassen.

Die Regierung hat neben den Eisenbahnen nunmehr auch die Pariser Untergrundbahn, alle Auto-

busse und Straßenbahnen im Verordnungsweg requiriert. Daladier hat darüber hinaus an alle Präfekten telegraphisch die Anweisung erteilt, daß jeder Dienststellenleiter eine Liste der am 30. November vom Dienst Abwesenden aufzustellen und ihm am 1. Dezember schon vor 8 Uhr morgens telegraphisch zu übermitteln habe, im Hinblick auf gesetzliche Sanktionsmaßnahmen. Besonders sei ihm ideale Agitation zugunsten einer Arbeitsniederlegung zu melden. E. Daladier, zweifle im übrigen nicht daran, daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Behörden am Mittwoch auf ihrem Posten stehen würden. Für den 30. November dürfe keine einzige Dienstbindung stattfinden.

Wer die Folgen der kommunistisch-marxistischen Gewerkschaftshetze zuerst zu spüren bekommt, ist der Arbeiter. So hat die Zeitung der Renault-Werke, wo es vor ein paar Tagen zu schweren Zusammenstößen kam, an jeden ihrer 28 000 Arbeiter ein Schreiben gesandt, in dem die

Entlassung mitgeteilt wird. Es wird den Arbeitern anheimgestellt, sich individuell um eine Neueinstellung zu bewerben. „Sobald wie möglich und nach Instandsetzung der verschiedenen Arbeitsräumlichkeiten“, so schreibt die Zeitung, „hoffen wir in unseren verschiedenen Werken die Arbeit schrittweise wieder aufnehmen zu können.“

Wie am Montagabend bekannt wurde, soll Ministerpräsident Daladier dem Minister für öffentliche Arbeiten erklärt haben, er werde nur dann Besprechungen mit der CGT-Gewerkschaft aufnehmen, wenn diese zuvor ihre Streikforder für den 30. November zurückziehe. Von der sozialistisch-republikanischen Kammergruppe gehen nämlich Bestrebungen aus, noch vor Mittwoch eine Aussprache zwischen Daladier und den roten Hauptklingen zustandezubringen, deren Zweck eine „Abmilderung“ der Notverordnungen sein soll.

### Großzügige Sofortaktion

#### Dr. Goebbels besichtigte Glendwohnungen.

Vor wenigen Tagen hat Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Rede vor den Berliner Propagandisten angekündigt, daß das Wohnungsproblem in Berlin jetzt mit nationalsozialistischer Gründlichkeit einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden soll. Dabei sollen auch die Glendwohnungen, in denen noch ein Teil der ärmsten Bevölkerung vorläufig leben muß, durch eine großzügige Sofortaktion in einen menschenwürdigen Zustand gebracht werden. Inzwischen kündete Dr. Goebbels einer ganzen Reihe solcher Glendwohnungen in der Ackerstraße, der Borngasse und der Mehnerstraße völlig überraschend einen Besuch ab.

Die Arbeiterfamilien, bei denen Dr. Goebbels erschien, waren auf diesen Besuch in keiner Weise vorbereitet: Hier lag ein Mann, der morgens von der Nachtschicht nach Hause gekommen war, im Bett und schlief, dort fütterte eine Frau gerade ihr Kind. Es war also ein wirklich ungeschminktes Bild, das sich dem Minister bot.

Dr. Goebbels nahm Kenntnis von den großen Zuständen, die sich hier teilweise zeigten; er ordnete an, daß in Zusammenarbeit aller dafür zuständigen Instanzen die dringendsten Mängel sofort beseitigt werden. Durch Besprechungen mit der Stadtverwaltung, dem Gau und der NSDAP ist es Dr. Goebbels auch bereits gelungen, zunächst mehrere Millionen Reichsmark für diesen Zweck sofort bereitzustellen.

Es hat sich bei dieser Besichtigungsjahrt aber auch gezeigt, daß ein Teil der Hausbesitzer es vielfach am Notwendigen hat fehlen lassen, und daß auch da seit Jahren nur wenig geschehen ist, wo einige Mark genügt hätten, um dunkle und dumpfe Räume etwas heller und freundlicher zu gestalten.

An diese Hausbesitzer ergeht die Aufforderung, diesen Mangelzustand baldmöglichst abzuändern.

In oft rührendem und erschütterndem Gegensatz zu der vielfach noch herrschenden Notlage steht die Haltung der Arbeiter, die hier in unzulänglichen Verhältnissen wohnen müssen und doch irgendwo an der Wand, in einem Winkel, oft als einzigen Schmuck das Bild des Führers angebracht haben: Ausdruck ihres unbeirrbar gläubigen Vertrauens.

Zum Schluß besichtigte Dr. Goebbels einen Teil des großen Sanierungsvorhabens der Stadt am Cottbusser Tor. Hier wurde der Gegensatz zwischen dem, was war und zum Teil heute noch ist, und dem großzügigen Plan, den der Nationalsozialismus durchführen will, besonders klar: Luft und Licht gegen Dumpsheit und Hoffnungslosigkeit, wohlliches Heim deutscher Menschen gegen unzulängliche Nester aus der Systemzeit.

### Anteilnahme Görings

Der Reichsminister für Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, hat den Angehörigen der Opfer des tragischen Flugzeugunfalles in Bahurst seine und der gesamten deutschen Luftfahrt tiefgefühlte Anteilnahme ausgesprochen. Die Namen dieser ausgezeichneten Männer sind für immer mit der Geschichte der deutschen Fliegerei verbunden.

